



NIEDERSCHRIFT

über die 21. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 23.08.2011,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:53



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

bis 19.55 Uhr TOP 12 ö.S.

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

ab 17.12 Uhr TOP 1 ö.S.

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop



Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

bis 18.45 Uhr TOP 7 ö.S.
ab 19.55 Uhr TOP 12 ö.S.

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Michael Heder	(Stadtbauamt)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Projektteilung Landesgartenschau)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)
Matthias Schmauder	(Geschäftsführer LGS 2014 gGmbH)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Mirko Bahm	(Leiter der Pressestelle)
Petra Bechtold	(Ortsvorsteherin Dammheim)
Rudolf Boesche	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Aydin Tas	(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)
Carina Treitz	(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt



SPD

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Michael Scheid

CDU

Jürgen Doll



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende schlug vor, die Verleihung der Ehrennadel an Frau Stenger auf Tagesordnungspunkt 1 vorzuziehen, um dann genügend Raum für die Einwohnerfragestunde zu haben.

Der Stadtrat stimmte dieser Änderung einstimmig zu.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte, den Tagesordnungspunkt 11 abzusetzen, da über die Vorlage im Ortsbeirat Mörlheim wegen offener Fragen nicht abgestimmt worden sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man zum jetzigen Zeitpunkt auf ein Votum des Ortsbeirates verzichten könne. Es würden noch keine Festlegungen getroffen. Erst wenn die Prüfungen zu den Vorranggebieten abgeschlossen seien, müsse man eine Entscheidung treffen. Dann werde der Ortsbeirat selbstverständlich eingebunden.

Ortsvorsteher Arbogast erläuterte, dass er im Vorfeld der Ortsbeiratssitzung versucht habe, deutlich zu machen um was es gehe. Er selbst sei wegen seiner Beschäftigung bei der Energie Südwest in der Sitzung befangen gewesen. Der Ortsbeirat könne aber im Moment damit leben, wenn dies heute so beschlossen werde.

Der Stadtrat einigte sich darauf, den Punkt auf der Tagesordnung zu belassen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Frau Uta Stenger
2. Einwohnerfragestunde
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Übertragung der Geschwindigkeitsüberwachung auf die Kommune
Vorlage: 101/120/2011
4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution zum Bau des Laborgebäudes für die Umweltwissenschaften an der Universität Koblenz-Landau
Vorlage: 101/121/2011
5. Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Oberbürgermeister a.D. Dr. Christof Wolff
Vorlage: 100/034/2011
6. Umsetzung des Haushalts 2011; Beantragung von Mitteln im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2011
Vorlage: 100/040/2011
7. Überörtliche Rechnungsprüfung; Stellungnahme der Stadtverwaltung Landau zum Bericht des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz über eine Kontrollprüfung
Vorlage: 100/041/2011
8. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2010
Vorlage: /012/2011



9. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/051/2011
10.
 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächen-entwässerung für die Klingbach- und Wieslauterstraße in Landau i.d.Pf.
 2. Bildung der Abrechnungsgebiete und Festlegung des Anteils der Stadt Landau i.d.Pf. am beitragsfähigen Ausbauaufwand
Vorlage: 600/041/2011
11. Einheitlicher Regionalplan; Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für die Windenergienutzung
Vorlage: 610/119/2011
12. Planfeststellungsverfahren A 65 / B 272, Anschlussstelle Landau-Nord
Vorlage: 660/021/2011
13. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Landesgartenschau 2014
Vorlage: 200/052/2011
14. Vorstellung des künftigen Leiters des Stadtbauamtes
15. Verschiedenes



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Frau Uta Stenger

Der Vorsitzende würdigte Frau Uta Stenger für ihre Verdienste im gesellschaftlichen Bereich. Sie sei seit fast drei Jahrzehnten in den unterschiedlichsten Bereichen ehrenamtlich tätig. Vor allem die Aktion „Unser Horst“, die sie 1984 mit einigen Mitstreitern gründete, sei untrennbar mit ihrem Namen verbunden. Ziel sei immer gewesen, Sprachrohr für die Menschen zu sein und umgekehrt die Verwaltung den Menschen näher zu bringen. Viele Dinge im Horst würde es ohne diese Bürgerinitiative nicht geben. Beispielsweise die Fahrrad- und Busverbindungen um den Horstring, die Jugendfreizeitanlage, den Brunnen auf dem Danziger Platz, die Kinder- und Jugendbücherei, die Kleingartenanlage und den Jugendtreff. Sie sei auch Mitbegründerin des Quartiersmanagements Horstring mit dem Mehrgenerationenhaus, sowie auch dem Verein PAMINA Solar Südpfalz. Darüber hinaus sei sie seit vielen Jahren Presbyterin der Lukaskirchengemeinde und habe weitere Funktionen in der evangelischen Landeskirche.

Hinzu komme der persönliche Einsatz für die benachteiligten Kinder der Gesellschaft und für Familien. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung ihrer gesellschaftlichen Verdienste um die Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Frau Stenger die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Frau Stenger bedankte sich für die Ehrung. Sie habe in all den Jahren diese Arbeit sehr gerne gemacht und mache es immer noch.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Werner Müller ging auf die Schäden am Eduard-Spranger-Gymnasium ein. Um einen erheblichen Schaden von der Stadt Landau abzuwenden, sei eine unabhängige Ursachenforschung erforderlich. Das Epizentrum des Erdbebens vom 14. März 2010 liege in unmittelbarer Nähe zum ESG. Daher sei es nicht auszuschließen, dass die Schäden erdbebenbedingt seien. Er wolle wissen, welche Maßnahmen zur unabhängigen Ursachenermittlung beim Eduard-Spranger-Gymnasium bereits gemacht worden seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass keine Maßnahmen im Sinne der Fragestellung veranlasst worden seien. Der Statiker habe festgestellt, dass es sich um einen versteckten Mangel von Anfang an handle.

Herr Dr. Strack erkundigte sich nach dem Budget für Kunstprojekte im Rahmen der Landesgartenschau. Bei der Bundesgartenschau in Koblenz seien 3 Millionen Euro für Kunst vorgesehen. Er wolle wissen, wie viel Geld in Landau hierfür vorgesehen sei. Damit das Land dies fördere, müssten Planskizzen eingereicht werden. Hat Landau Planskizzen eingereicht?

Der Vorsitzende stellte klar, dass es bei einer Bundesgartenschau andere Kriterien gebe. Dies sei mit einer Landesgartenschau nicht vergleichbar. Zum Thema „Kunst im Rahmen der Landesgartenschau“ gebe es demnächst interne Abstimmungsgespräche. In Landau sei kein eigener Etat für Kunst vorgesehen. Trotzdem werde die Kunst einen Platz auf der Landesgartenschau haben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Übertragung der Geschwindigkeitsüberwachung auf die Kommune

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 7. August 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Seit 16 Jahren sei es möglich, dass Kommunen in Rheinland-Pfalz die Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung beantragen könnten. Einige Städte würden dies bereits tun. Eine Umfrage unter diesen Kommunen, die das Land durchgeführt habe, habe eine überwiegend positive Beurteilung ergeben. Die Antwort des Innenministers auf eine entsprechende Anfrage seinerseits sei ermutigend, den Antrag zu stellen. Im wesentlichen gebe es vier Botschaften der Kommunen aus der Befragung. Die Übertragung wird im wesentlichen positiv bewertet, die Festlegung der überwachten Bereiche sei gut begründbar und nachvollziehbar, die Maßnahmen dienten der Steigerung des Sicherheitsgefühls der Anwohner und die Einnahmen übersteigen in der Regel die Ausgaben.

Das Thema sei ja auch nicht neu. In der Vergangenheit habe es schon verschiedene Initiativen gegeben, die Stadt habe es bisher aber nicht weiter verfolgt. Die Aussagen des Innenministeriums seien aber Ermutigung, sich dem Thema erneut zu stellen. Eine Umsetzung könnte seiner Meinung nach eine positive Steuerungswirkung haben. Mit dem Antrag bitte man die Verwaltung, Informationen zu sammeln und eine Beschlussvorlage zu erarbeiten. Dabei sollte auch geprüft werden, in wie weit eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen möglich wäre. Ziel müsse sein, dass bei konsequenter Umsetzung der Maßnahme dies ohne dauerhafte Belastung des städtischen Haushaltes geschehe.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion ihrer Linie folge und dem Prüfauftrag zustimmen werde. Man tue dies auch hier, obwohl grundsätzliche Bedenken bestehen. Die Verwaltung habe die Übertragung der Geschwindigkeitsüberwachung auf die Kommune 2006 schon einmal geprüft. Damals habe es die Verwaltung als nicht wirtschaftlich und vorteilhaft angesehen. Der Ältestenrat habe dann die weitere Behandlung abgelehnt. Er sei gespannt, was nun bei der Prüfung rauskomme.

Die CDU lehne aber die beantragte Vorlage einer Beschlussvorlage ab, da hier offenbar ein Ergebnis vorweggenommen werden solle. Man sollte hier zunächst das Ergebnis der Prüfung abwarten.

Ratsmitglied Schröer begrüßte den Prüfauftrag, da die positiven Argumente aus ihrer Sicht überwiegen. Wichtig wäre es dann aber auch die Infrastruktur zu verbessern. Wenn es sich wirtschaftlich als positiv herausstelle, würde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch einem entsprechenden Beschluss zustimmen.

Ratsmitglied Volkhardt stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls dem Prüfauftrag zu. Die Tendenz seiner Fraktion sei aber eher ablehnend.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass es 2006 zu teuer gewesen sei. Aus seiner Sicht brauche die Verwaltung nicht erneut zu prüfen. Die Überwachungstechnik sei mit Sicherheit nicht billiger geworden, hinzu kämen noch Personalkosten. Er sei der Meinung, dass dies eine Aufgabe des Landes sei und sollte nicht den Kommunen zusätzlich übertragen werden. Dies wäre eine erneute freiwillige Aufgabe, die sich schon allein aufgrund der städtischen Haushaltslage verbiete. Die FDP-Stadtratsfraktion lehne den Prüfantrag ab.

Ratsmitglied Marquardt teilte mit, dass die UBFL-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde. Für ihn stehe die Sicherheit der Bürger im Vordergrund. Wenn man dies damit erreichen könne, sei dies vorrangig.



Der Vorsitzende zeigte sich verwundert über ein „eigenwilliges Rechtsverständnis“. Wenn bei Unfällen wegen zu hoher Geschwindigkeit Menschen zu Schaden kämen, würde jeder empört nach Kontrollen schreien. Wenn man dann jemanden erwische, dann zocke man ab. Ein solches Rechtsverständnis sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Es werde der Anspruch sein, dass die Verwaltung offen prüft. Klar müsse aber sein, dass es keine Aufgabe sein dürfe, die uns am Ende etwas kostet.

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass die Verwaltung natürlich prüfen werde wenn der Rat dies so beschließe. Man werde die Vorlage aus dem Jahr 2006 entsprechend aktualisieren. Sehr genau werde man beleuchten, was die Übertragung der Geschwindigkeitsüberwachung für die Sicherheitslage in der Stadt insgesamt bedeute. Wenn durch die Übertragung der Aufgabe bei der staatlichen Polizei zusätzliches Potenzial frei würde, wäre das ein Gewinn. Sollte es aber zur weiteren Ausdünnung führen, müsste man sich dies sehr genau überlegen. Eine Prüfvorlage werde bis Ende des Jahres rechtzeitig bis zu den Haushaltsberatungen vorliegen.

Der Vorsitzende schlug vor, den zweiten Satz aus dem Beschluss herauszunehmen.

Der Antragsteller war hiermit einverstanden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 4 Nein-Stimmen:

Die Stadt Landau prüft eine Antragstellung zur Übertragung der Geschwindigkeitsüberwachung auf die Kommune.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution zum Bau des Laborgebäudes für die Umweltwissenschaften an der Universität Koblenz-Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 16. August 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man müsse deutlich machen, dass wir die Universität ohne Wenn und Aber unterstützen. Der Bau des Laborgebäudes sei für die Umweltwissenschaften von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung. Es gehe um den Wissenschaftsruf der Universität. Die Universität sei für die Stadt von Bedeutung als Wissenschaftsstandort und sei auch wirtschaftlich von Bedeutung. Er danke daher der CDU für diesen Antrag, den man sicherlich ohne größere Debatte verabschieden könne. Natürlich kenne man die Haushaltslage des Landes, aber man müsse sich wehren.

Ratsmitglied Morio begründete den Antrag. Der Stadtrat sollte mit dieser Resolution das Land auffordern, am Bau des Laborgebäudes für die Umweltwissenschaften festzuhalten. So sehe beispielsweise der Präsident der Universität den Standort gefährdet, wenn es nicht zu dem Neubau komme. Auch sei ohne den Neubau die Lehrtätigkeit der Umweltwissenschaften in Landau gefährdet. Auch der Freundeskreis der Universität unterstreiche durch eine Unterschriftenaktion die Bedeutung des Laborgebäudes. Es stehe daher dem Stadtrat gut an, mit dieser Resolution die Bedeutung des Neubaus in der Öffentlichkeit zu unterstreichen.

Ratsmitglied Dr. Blinn erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Resolution zustimmen werde. Man halte den Neubau des Laborgebäudes für eine wichtige Zukunftsinvestition. Das Laborgebäude sei eine weitere Profilierungsmaßnahme der Universität und vor allem der Umweltwissenschaften. Wenn man jetzt nicht die Weichen für die Zukunft stelle, werde man vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels insgesamt gesellschaftliche Probleme bekommen. Er bat die antragstellende Fraktion darum, nicht von einem genehmigten Bau des Laborgebäudes zu sprechen, sondern korrekter Weise von einem genehmigten Raumprogramm.

Ratsmitglied Schröer hielt es angesichts der immer komplexer werdenden Aufgaben für wichtig, gut ausgebildete Fachleute zu haben. Die Umweltwissenschaften seien für Landau von großer Bedeutung. Daher unterstütze die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Resolution und stimmten dieser zu.

Ratsmitglied Volkhardt war der Auffassung, dass der Bau eines Laborgebäudes von elementarer Bedeutung für die Studierenden und für die Stadt sei. Es wäre ein Desaster, wenn der Standort geschwächt oder gar ganz in Frage gestellt würde. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel fand die Resolution notwendig und richtig. Es sollte der Landesregierung ein deutliches Signal gesendet werden, dass die Universität dieses Laborgebäude dringend benötige. Bildung sei der Rohstoff des deutschen Volkes. Daher sei es wichtig, den Unistandort attraktiv zu halten. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war zuversichtlich, dass die Resolution in Mainz gehört werde. Für die Universität zahle sich jeder Euro aus. Man sollte hier vielleicht lieber am Straßenbau sparen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat von Landau fordert die Landesregierung auf, am bereits durch die Landesregierung genehmigten Raumprogramm für ein Laborgebäude festzuhalten und zeitnah den Bau des Laborgebäudes für die Umweltwissenschaften an der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau zu genehmigen.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Oberbürgermeister a.D. Dr. Christof Wolff

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 21. Juli 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es sei unbestritten, dass Herr Dr. Wolff die Stadt in den 24 Jahren seiner Amtszeit nachhaltig geprägt habe. Konversion, Rathausplatz, Innenstadt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Wiedereröffnung des Frank-Loebchen-Hauses und die daraus entstandenen Landauer Gespräche und die Festhalle seien nur wenige herausragende Verdienste von Herrn

Dr. Wolff. Mit seiner Persönlichkeit habe er vieles durchgesetzt und durchgestanden. Das Amt des Oberbürgermeisters sei für ihn nicht nur Beruf, sondern Berufung und persönliche Herausforderung gewesen. Er sei der persönlichen Überzeugung, dass Herr Dr. Wolff diese Ehrung verdient habe. Es gehe hier nicht um die Partei, sondern nur um die Lebensleistung. Diese rechtfertige die Verleihung der Ehrenbürgerwürde.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Verleihung der Ehrenbürgerwürde zustimmen werde. Die Leistungen von Dr. Wolff seien unbestritten. Natürlich habe er auch polarisiert, aber die Ehrenbürgerwürde sei ein Zeichen des Respekts für eine Lebensleistung. Es gehe nicht nur um die Leistung im Amt des Oberbürgermeisters, sondern auch um die Impulse, die er für ehrenamtliches Engagement gegeben habe. Hier seien die Freundeskreise für die Festhalle oder jetzt für die Landesgartenschau gute Beispiele.

Ratsmitglied Morio teilte mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Dr. Wolff zustimmen werde. Dies sei sicherlich keine Überraschung. Es sei dies eine angemessene Würdigung für einen Mann, der sehr vieles und sehr viel gutes für Landau geleistet habe. Dr. Wolff habe sich um Landau verdient gemacht. Er lobe ausdrücklich die Verwaltung für die sehr gute Begründung des Beschlussvorschlages.

Ratsmitglied Ellinghaus war der Auffassung, dass es in der Natur der Sache liege, dass es nicht immer Übereinstimmungen mit den Entscheidungen des Oberbürgermeisters gebe. So sei es auch mit Herrn Dr. Wolff gewesen. Den Grünen gehe es um die Art, wie er das Amt ausgefüllt habe. Er sei enorm engagiert, kraftvoll und agil gewesen. Die Stadt habe für das Gehalt eine enorme Gegenleistung erhalten. Daher stimme die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerne zu.

Ratsmitglied Volkhardt schloss sich den bisherigen Ausführungen an und erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls zustimme.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass Politik ein hartes Geschäft sei. Herr Dr. Wolff habe dieses Geschäft sehr gut verstanden, er sei ein Fuchs gewesen. Er sei der Meinung, dass er diese Ehrung verdient habe. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl vertrat die Meinung, dass die Ehrenbürgerwürde in erster Linie mit dem Ehrenamt in Verbindung gebracht werden sollte. Ein Repräsentant der Stadt wie Dr. Wolff habe in einem gut bezahlten Amt seine Pflicht getan, nicht mehr. Er habe nichts zukunftsweisendes vorzuweisen. Sie erinnere an zweifelhafte Entscheidungen wie beispielsweise den Verkauf der Stadtwerke an die Energie Südwest mit der Spende der Bewag. Hier sei der Stadtrat nicht eingebunden worden, vielmehr habe es hinter den Rücken des Rates geheime Absprachen gegeben. Zu nennen sei der Verkauf der Birnbachsiedlung unter Wert auf der Grundlage nicht rechtsgültiger Erbbaurechtsverträgen. Steine des Anstoßes seien nach wie vor die Pflastersteine auf dem Rathausplatz. Der viel zu große Gewerbepark Queichheim habe zu einer Verödung der Innenstadt geführt. Hinzu käme die äußerst peinliche Erlebniscenteraffäre. Sein Demokratieverständnis sei zu besichtigen gewesen bei seinem teils arroganten Auftreten in der Einwohnerfragestunde des Stadtrates. Aus all den genannten Gründen werde die UBFL-Stadtratsfraktion der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Dr. Wolff nicht zustimmen. Sie beantrage geheime Abstimmung.



Ratsmitglied Schwarzmüller begründete ihre Enthaltung. Ihrer Meinung nach reiche das geleistete in 24 Jahren nicht aus für die Ehrenbürgerwürde.

Der Vorsitzende lies zunächst über den Antrag auf geheime Abstimmung abstimmen.

Der Antrag wurde mit 2 Ja,- 38 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Stadtrat verleiht Herrn Oberbürgermeister a.D. Dr. Christof Wolff in Würdigung seiner besonderen Verdienste die Ehrenbürgerwürde der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Umsetzung des Haushalts 2011; Beantragung von Mitteln im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2011

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 26. Juli 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schon lange den Verdacht habe, dass mit der Datenverarbeitung etwas nicht stimme. Der Bericht von Dr. Beß im Hauptausschuss habe dies bestätigt. Nach dessen Ausführungen sei man mit dem jetzt vorhandenen System kurz vor dem Absturz gewesen. Offensichtlich habe eine Überlastung bestanden und das Controlling habe nicht gestimmt. Man unterstütze diesen Beschlussvorschlag unter der Bedingung, dass dies alles in ein Gesamtkonzept mit einfließe.

Ratsmitglied Freiermuth bemängelte, dass aus der Sitzungsvorlage nicht hervorgehe, wo die Schwachpunkte liegen. Es sei keine Dokumentation vorhanden, auf deren Grundlage man Entscheidungen treffen könne. Er bezweifle nicht, dass ein Bedarf bestehe. Es sei aber zu vieles unklar, so auch die Frage, ob eine Aufrüstung von RAM-Bausteinen nicht günstiger käme. Die Umrüstung von PC's sei ein erheblicher Kostenfaktor, hier brauche man schon mehr Informationen.

Ratsmitglied Dr. Migl kritisierte, dass hier ein Konzept fehle. Man mache den zweiten Schritt vor dem ersten. Sie könne auch die Eile nicht nachvollziehen, zumal im September der zweite Nachtrag beschlossen werde. Man hätte hier noch diese vier Wochen warten und bis dahin ein Gesamtkonzept vorlegen können. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass die Maßnahmen jetzt notwendig seien und man nicht noch vier Wochen warten könne.

Frau Baumstark ergänzte, dass es sich hier um notwendige Maßnahmen handle und man nicht mehr warten könne. Die Einzelheiten seien im Hauptausschuss dargelegt worden und in der Sitzungsvorlage ausgeführt.

Ratsmitglied Heuberger sah diese Maßnahmen positiv, wenn sie in das Gesamtkonzept eingebaut werden könnten. Die Arbeit der Datenverarbeitung in der Vergangenheit habe nicht dazu geführt, dass man hier volles Vertrauen habe. Es habe bisher weniger gut funktioniert. Man befürchte, dass hier Anschaffungen getätigt werden, die sich dann als nicht verwertbare Bausteine herausstellen. Wenn dies passieren sollte, wäre dies eine Irreführung des Rates. Wenn man heute die Zustimmung gebe, erwarte man dass dies solide und begründbar in ein Konzept eingebaut werde.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass man in der Lage sein müsse, ein zukunftsweisendes Konzept zu entwickeln. Stattdessen mache man eine Hau-Ruck-Aktion, für die es keine begründete Veranlassung gebe.

Ratsmitglied Dr. Kopf widersprach den Ausführungen von Herrn Marquardt. Dies sei keine Hau-Ruck-Aktion, vielmehr sei die Datenverarbeitung ein Dauerbrennerthema. Dass nicht immer alles optimal gelaufen sei, habe die Verwaltung eingeräumt. Es sei auch bekannt, dass Datenverarbeitung nun mal teuer sei. Er halte es aber nicht für sinnvoll, hier im Stadtrat eine Diskussion über Fachthemen zu führen, für die man eine Fachfirma beauftragt habe.

Ratsmitglied Kautzmann beantragte zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden und abzustimmen. Es gebe keine neuen Argumente mehr.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag gab es keine Gegenrede.



Der Vorsitzende erklärte dann die Beratung für beendet und lies über die Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

Für die Datenverarbeitung der Stadt Landau werden insgesamt 225.500 € über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben im Vorgriff auf den 2. Nachtragshaushalt 2011, wie in der Begründung dargestellt, gewährt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Überörtliche Rechnungsprüfung; Stellungnahme der Stadtverwaltung Landau zum Bericht des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz über eine Kontrollprüfung

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 26. Juli 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Aus der Vorlage sei ersichtlich, dass die Verwaltung derzeit dabei sei, die Feststellungen des Rechnungshofes abzuarbeiten. Es seien keine Feststellungen, die die Verwaltung in ihren Grundfesten erschüttert habe. Man sei an der Abarbeitung der vom Rechnungshof beanstandeten Punkte. Alles was zur DV-Abteilung angemerkt sei, werde mit dem jetzt zu erstellenden Konzept abgearbeitet. Wenn es um Bewertungen von Stellen gehe, verweise er auf die Stellenbewertungskommission, in der streng bewertet werde. Es gebe hier unterschiedliche Sichtweisen zwischen Rechnungshof und Verwaltung. Auch der Stadtrat setze durchaus andere Schwerpunkte.

Ratsmitglied Heuberger fand es erstaunlich, dass die Verwaltung Vollzug von Punkten gemeldet habe, obwohl diese offensichtlich nicht vollzogen waren. Dies müsse man als unwahr bezeichnen. Hier sei ein Vertrauensschaden für Landau entstanden, die Glaubwürdigkeit der Verwaltung sei in Frage gestellt. Die Stellungnahme der Verwaltung sei eher eine Rechtfertigung des Status quo. Man hoffe, dass in Zukunft solche Fehlmeldungen von Seiten der Verwaltung unterbleiben.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, warum man nicht bereits im Jahr 2008/2009 ein schlüssiges Gesamtkonzept für die DV-Abteilung angegangen sei, sondern sich bis Anfang 2011 Zeit gelassen habe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass andere Projekte im Vordergrund gestanden hätten. Die Dinge, die der Rechnungshof anmahne, seien Dinge, die man überall finde. Dies entschuldige das nicht, man müsse das angehen.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2010

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 17. Juni 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Das Jahr 2010 sei ein Jahr mit schwierigen Rahmenbedingungen gewesen. Wichtig sei, dass man den Konsolidierungskurs habe fortsetzen können. Man könne einen Gewinn von 1 Million Euro ausweisen. Investieren könne man in eine weitere Kindertagesstätte in der Cornichonstraße. Dies sei eine wichtige Zukunftsinvestition.

Ratsmitglied Dr. Kopf dankte der Belegschaft und der Geschäftsführung der Stadtholding und der Energie Südwest AG für die engagierte Arbeit. Man habe viele neue Bereiche eröffnet und auch die Gastronomie im LaOla dauerhaft gesichert. Die Zahlen würden zeigen, dass der beschrittene Weg der richtige sei.

Ratsmitglied Kautzmann sprach den Dank der CDU-Fraktion für die geleistete Arbeit aus. Die Stadtholding zeige, dass ein Privatunternehmen sehr effizient arbeiten könne. Es zeige sich immer mehr, dass die Entscheidung zur Privatisierung der Stadtwerke richtig gewesen sei. Die Stadtholding mit ihren Einnahmequellen sei ein wichtiger Teil unseres Finanzierungssystems. Es sei für die Zukunft keineswegs gesichert, dass man die Überschüsse aus dem Gewinn der Energie Südwest für den städtischen Haushalt aquiriere. Man sei hier auf einem ganz schwierigen Terrain. Diese Klippen müsse man meistern, um zukunftsfähig zu bleiben. Hier sei größte Aufmerksamkeit geboten.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Eine Belastung für das LaOla und die Mitarbeiter dort seien die sehr schnellen Wechsel in den Führungspositionen und die verlängerten Öffnungszeiten des Bades. Hinterfragt werden müsse die künftige Entwicklung der Stadtholding im Bezug auf die Geothermie.

Ratsmitglied Schröer schloss sich den bisherigen Ausführungen an. Man wisse um die komplexe Struktur der Stadtholding. Herauszuheben sei, dass die Stadtholding das Öko-Audit erhalten habe. Hier werde ein Nachhaltigkeitsmanagement betrieben, was man sehr begrüße. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Oberbürgermeister zu empfehlen in der Gesellschafterversammlung,

1. den Jahresabschluss 2010 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von EUR 25.605.853,38 und einem Jahresgewinn von EUR 1.067.046,47 festzustellen.

2. den Jahresgewinn wie folgt zu verwenden:

Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 1.067.046,47 EUR auf neue Rechnung.

3. den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 11. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

- 1. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung für die Klingbach- und Wieslauterstraße in Landau i.d.Pf.**
- 2. Bildung der Abrechnungsgebiete und Festlegung des Anteils der Stadt Landau i.d.Pf. am beitragsfähigen Ausbauaufwand**

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Schlimmer, war gemäß § 22 GemO befangen und somit ausgeschlossen. Er nahm an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil. Den Vorsitz führte Herr Bürgermeister Hirsch.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Hirsch, erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 1. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung für die**

- **Klingbachstraße**
- **Wieslauterstraße**

abzurechnen.

- 2. Aufgrund der Satzung der Stadt Landau i.d.Pf. über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen sowie der §§ 2, 7 und 10 KAG werden für die Erhebung von Ausbaubeiträgen folgende Abrechnungsgebiete festgelegt und der Anteil, den die Stadt Landau i.d.Pf. übernimmt, wie folgt festgesetzt:**

2.1 Abrechnungsgebiete

Abrechnungsgebiet 1: Klingbachstraße (zwischen Wieslauterstraße und Dammühlstraße)

Abrechnungsgebiet 2: Wieslauterstraße (zwischen Horststraße und Maximilianstraße)

Zum jeweiligen Abrechnungsgebiet gehören die in den beigelegten Lageplänen gekennzeichneten Erschließungsanlagen und alle Grundstücke innerhalb der Grenzen der Abrechnungsgebiete.

Die Grenzen der Abrechnungsgebiete werden durch die schwarzen Linien im Plan dargestellt. Die Lagepläne mit seinen Eintragungen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2.2 Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen

Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen für die einzelnen Abrechnungsgebiete wird wie folgt festgesetzt:

Abrechnungsgebiet	1	25 %
--------------------------	----------	-------------



Abrechnungsgebiet 2 35 %

Oberbürgermeister Schlimmer übernahm wieder die Sitzungsleitung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Einheitlicher Regionalplan; Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für die Windenergienutzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. Juli 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Das Unglück von Fukushima habe einmal mehr gezeigt, dass Atomkraft nicht beherrschbar sei. Daher müsse man auch auf unserer Ebene die notwendigen Konsequenzen ziehen. Er gestehe zu, dass er ursprünglich auch der Auffassung gewesen sei, dass die Stadt Landau und insbesondere der Stadtwald frei von Windkraftanlagen bleiben sollte. Er habe mittlerweile seine Meinung zur Windkraft geändert. Es werde darum gehen, alle Möglichkeiten für die Stadt zu nutzen. Hierzu gehören Solarenergie, Windkraft und auch die Geothermie. Man müsse hier der Verantwortung gerecht werden. Er begrüße sehr den Vorschlag von Dr. Waßmuth zu den Standorten in Mörlheim und im Stadtwald. Es gehe heute lediglich darum, die Untersuchungen zu den möglichen Standorten zu beauftragen. Er denke, dies könnten auch Skeptiker mittragen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage mit großer Mehrheit zustimmen werde. Einige Fraktionsmitglieder hätten allerdings eine andere Auffassung. Man sehe die Nutzung des Stadtwaldes als sinnvolle Option. Im Jahr 2004 habe es damals eine sehr hitzige Debatte zum Thema Windkraft gegeben, die zu der immer noch gültigen Vereinbarung mit den Verbandsgemeinden geführt habe. Die Zeiten hätten sich geändert, der Wind habe sich gedreht. Die Atomkatastrophe von Fukushima habe einen Bewusstseinswandel zur Folge gehabt. Dem müsse man im politischen Handeln Rechnung tragen. Der ausgewogene Beschlussvorschlag biete Raum für eine fachliche Bewertung. Zu prüfen habe dies der Verband Region Rhein-Neckar. Auch die Tendenz der Planungen des Landes kämen uns entgegen. Wichtig sei es, die Vereinbarung mit den Verbandsgemeinden zu modifizieren. Die Energie Südwest habe Millionenbeträge für regenerative Energieanlagen an anderen Standorten investiert. Jetzt gehe es darum, die Wertschöpfung in der Region zu behalten. Die Energie Südwest sei in der Region aktiv und akzeptiert, man bringe ihr Wertschätzung und Vertrauen entgegen. Man sei hier auf dem richtigen Weg.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass Fukushima eine globale Zäsur in der Energiefrage gewesen sei. Dies könne auch die Stadt Landau nicht unberührt lassen. Wichtig sei, dass man hier nicht Getriebene, sondern Handelnde sei. Unter den regenerativen Energien sei Wind eine der effizientesten. Der heutige Beschluss sei noch keine Zustimmung zur Aufstellung von Windkraftanlagen an diesen Standorten. Es sei lediglich die Zustimmung zur Überprüfung, ob diese Standorte geeignet sind. Wenn es konkret werde sei natürlich auch die Zustimmung des Ortsbeirates Mörlheim erforderlich. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröer sah nicht nur in Fukushima eine Zäsur, sondern auch ein Verdienst der neuen Landesregierung mit grüner Beteiligung. Die Grünen seien dafür, den Pfälzer Wald zu öffnen für Windenergieanlagen. Der bestehende Vertrag mit den umliegenden Verbandsgemeinden sei ein Pogrom gegen die Windkraft. Man unterstütze nun dieses Umdenken und stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass die Auswirkungen der geänderten Energiepolitik nun im Stadtrat angekommen seien. Es sei aber durchaus auch unter Fachleuten umstritten, ob Windräder vor Ort sinnvoll seien oder ob man nicht besser die Windräder dort baue, wo auch Wind sei. Er denke schon, dass der Stadtwald hierfür durchaus prädestiniert sei. Allerdings sollten die Windräder in die Höhe gehen, je höher desto besser. Mit Mörlheim hätte man daher Probleme. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass diese Vorlage zu schnell in die Gremien gekommen sei. Sicher müsse nach der Katastrophe in Japan schneller gehandelt werden. Dies sollte aber auch mit Bedacht erfolgen. Er betone ausdrücklich, dass die FDP nicht gegen Windenergie sei, aber sie sollte gezielt gewonnen werden. In einem Naturschutzgebiet wie dem Pfälzer Wald sei Vorsicht geboten. Es



seien noch zu viele Fragen ungeklärt, wie beispielsweise die zukünftige Trassenführung. Bedacht werden sollten auch neue Möglichkeiten wie z.B. die Montage von Windrädern auf vorhandenen Strommasten. Man habe hier auch nicht die Nordsee vor der Haustür, sondern Flächen die nicht typisch seien für die Windenergie. Auf alle Fälle müsse der Strom bezahlbar bleiben für die Kunden. Es gehe darum, die vorhandenen Ressourcen zu schonen und gezielt einzusetzen. Dies sei mit dieser Sitzungsvorlage nicht erreicht worden. Daher lehne die FDP-Stadtratsfraktion die Vorlage ab.

Ratsmitglied Dr. Migl gab zu bedenken, dass hier bei uns nicht vorrangig ein Windenergiegebiet sei. Schwerpunkt sollte die Solarenergie sein. Dies könne viel schneller und effektiver umgesetzt werden. Es müsse nicht unbedingt das Biosphärenreservat Pfälzer Wald sein. Die UBFL sei nicht grundsätzlich gegen Windenergie, aber es seien die Alternativen zu wenig diskutiert worden. Zudem müsse man auch Mörlheim sehr viel stärker einbinden. Wenn hier noch Beratungsbedarf bestehe, dann sollte man dies heute zurückstellen und den Ortsbeirat ernster nehmen. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Bürgermeister Hirsch stellte noch mal klar, dass es mit dem heutigen Beschluss darum gehe, Verhandlungspositionen für die Stadt zu erarbeiten. Es sei nicht der Beschluss, dass es auch so gemacht werde. Wenn man in den Kommunen die Energiewende gestalten wolle, dann brauche man diese Verhandlungspositionen.

Ratsmitglied Prof. Leiner begründete seine von der Fraktion abweichende ablehnende Haltung. Er und Herr Eisold seien aus rein ästhetischen Gründen dagegen, dass auf dem Taubensuhl Windräder errichtet werden. Man müsse nicht alles überall machen. Wenn es nun mal keine geeigneten Standorte gebe, dann sei dies eben so.

Ratsmitglied Silbernagel bat darum, die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

- 1. Die Stadt Landau in der Pfalz wird dem Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) den Vorschlag unterbreiten, ein Vorranggebiet für Windenergienutzung im Bereich Mörlheim sowie im Stadtwald auszuweisen und die hierfür erforderlichen Untersuchungen vorzunehmen.**

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

- 2. Die Stadt Landau nimmt Kontakt mit den sieben Verbandsgemeinden des Landkreises Südliche Weinstraße auf, um die vertragliche Vereinbarung nach § 204 Abs. 1 Satz 4 BauGB über die Darstellung von Flächen für die Windenergieanlagen in der Flächennutzungsplanung hinsichtlich der vorgeschlagenen Standorte zu verändern.**

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

- 3. Die Stadt Landau und die Energie Südwest werden beauftragt, mit geeigneten Kommunen über eine Beteiligung an deren Windenergieerzeugung zu verhandeln.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Planfeststellungsverfahren A 65 / B 272, Anschlussstelle Landau-Nord

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er wies auf den Antrag des Ortsbeirates Dammheim hin, einen Gutachter mit der Überprüfung des Lärmgutachtens zu beauftragen. Allerdings sei der Ortsbeirat an sich nicht antragsbefugt.

Ortsvorsteherin Bechtold stellte die Position des Ortsbeirates Dammheim dar. Die Bürgerinitiative in Dammheim überlege, eine Klage anzustrengen. Der Ortsbeirat werde sie dabei unterstützen. Das Ansinnen des Ortsteiles Dammheim sei beim LBM nicht erhört worden. Man sei kompromissbereit gewesen, aber man sei darauf nicht eingegangen. Natürlich seien die Lärmemissionen gemessen worden, aber vielleicht an der falschen Stelle. Man sollte hier mal in ein reines Wohngebiet gehen und messen. Die Messung sollte an zentralen Punkten wie der Schule und dem Kindergarten erfolgen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Der Grundfehler liege in der verfehlten Planung. Hätte man damals eine vernünftige ganzheitliche Planung gemacht, hätte man heute diese Diskussion nicht. Die Entwicklung sei aus Sicht der Stadt zu bedauern. Der Pferdefuß sei, dass man keine Klagebefugnis habe. Allerdings habe diese Anschlussstelle nicht die Bedeutung wie die B 10. Es gebe die klare Aussage, dass die B 272 nicht ausgebaut werde. Daher halte er es auch nicht für angebracht, sich hier finanziell zu engagieren. Er glaube dass Dammheim damit gedient wäre, wenn eine Geschwindigkeitsüberwachung im Bereich der A 65 und der B 10 kommen würde.

Ratsmitglied Eichhorn erinnerte daran, dass sich der Stadtrat bereits im Dezember 2007 gegen den Ausbau der Anschlussstelle Landau-Nord ausgesprochen habe. Die Zahlen, die der LBM nutze, kämen aber nicht aus eigenen Feststellungen, sondern von Modus Consult. Diese Zahlen würden im Prinzip für sich sprechen. Trotz nicht von der Hand zu weisender Befürwortungsargumenten anerkennt die CDU die Sorgen der Dammheimer. Bei diesem Bauvorhaben würden die Nachteile überwiegen. Zum einen gehe es um ein 11 Meter hohes Brückenbauwerk mit entsprechender Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und des Fremdenverkehrs. Es gehe auch um Mehrbelastungen durch Verkehr, Lärm und Schadstoffen und es gehe um einen unausgewogenen Kosten-/ Nutzeneffekt. Die CDU sei gegen eine finanzielle Beteiligung der Stadt an einer evtl. Klage der Naturschutzverbände analog zur B 10. Aus seiner Sicht sei ein Vergleich mit der B 10 vom Umfang her nicht möglich. Ein Lärmgutachten, wie es der Ortsbeirat fordere, bringe der Stadt nichts, da sie keine Klagebefugnis habe. Unter Abwägung aller Argumente stimme die CDU-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröer bedauerte, dass man hier nicht mehr erreichen können. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Sitzungsvorlage dennoch zu. Sie kündige aber an, dass die Grünen im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt Mittel für die Unterstützung der Bürgerinitiative beantragen werde. Das entstehende 11 Meter hohe Brückenbauwerk werde das Landschaftsbild und das Ortsbild sehr stark beeinträchtigen. Letztlich sei die Erweiterung der Anschlussstelle für einen einzigen Unternehmer gegen die Interessen der Dammheimer.

Ratsmitglied Freiermuth sah einerseits der Drang zur Mobilität, aber andererseits auch die berechtigten Sorgen der Dammheimer Bürger. Er bezweifle, dass dieser gigantische Aufwand notwendig sei. Die Belastung für Dammheim werde möglicherweise kleiner gerechnet als sie letztendlich sei. Aus diesen Gründen werde auch die FWG-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass der Stadt bei dieser Maßnahme die Hände gebunden seien. Die FDP sehe dies ganze schon immer mit Skepsis. Daher werde auch die FDP-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen.



Ratsmitglied Dr. Migl schloss sich den bisherigen Ausführungen an. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu, da sie die ablehnende Haltung der Stadt nochmals bekräftige. Man brauche angesichts der Zusage des Ministerpräsidenten, dass es keinen Ausbau der B 272 geben werde, diese vergrößerte Anschlussstelle nicht. Sie beantragte den Antrag des Ortsbeirates als Punkt 4 in den Beschlussvorschlag aufzunehmen und abzustimmen. Man müsse hier natürlich über die Höhe sprechen. Sie könne sich einen Betrag von maximal 5.000 Euro vorstellen, denn auch die Bürger sollten einen Teil dazu beisteuern.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1) Der Stadtrat nimmt den Planfeststellungsbeschluss vom 28. Juni 2011 zur Kenntnis.**
- 2) Der Stadtrat stellt fest, dass für die Stadt Landau keine Klagebefugnis besteht.**
- 3) Der Stadtrat bekräftigt seine ablehnende Haltung gegen die Erweiterung der Anschlussstelle Landau-Nord.**

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 7 Ja,- 31 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nachfolgenden Punkt ab:

- 4) Die Stadt Landau lässt die Aussagen des Planfeststellungsbeschlusses zu den Ortsteil Dammheim betreffenden Lärmemissionen durch einen Gutachter auf ihre fachliche Richtigkeit überprüfen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Landesgartenschau 2014

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 16. August 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. In den allermeisten Bereichen liege man im grünen Bereich. Im übrigen verwies er auf den beiliegenden Controlling- und Sachstandsbericht.

Ratsmitglied Marquardt erkundigte sich nach den Abrisskosten von 100.000 Euro beim Brückenprojekt. Dies sei für ihn neu.

Herr Kamplade machte deutlich, dass die Brücke Süd Bestandteil der Gartenschaukonzeption sei. Die Abrisskosten würden sich auf die ehemalige Panzerbrücke beziehen. Diese könne nicht erhalten werden, da sie an der falschen Stelle und zu schmal sei.

Ratsmitglied Marquardt fand es grundsätzlich gut, dass ein regelmäßiger Controllingbericht erstellt werde. Die UBFL sehe Probleme in den Zuständigkeiten und der Abgrenzung der unterschiedlichen Verantwortung zwischen der LGS gGmbH, der Projektteilung LGS und der DSK. Eine Landesgartenschau sei zwar eine schöne Sache, aber die Kosten würden von den Bürgern abverlangt werden. Aus dem Bericht werde schon klar, dass die Kosten für die geplante Tiefgarage nicht auskömmlich seien und wohl nicht eingehalten werden können.

Der Vorsitzende stellte klar, dass von Anfang an diese Dreiteilung klar gewesen sei. Anders könne dies auch gar nicht sein. Die DSK entwickle das Gelände als Konversionsgelände. Bei der Tiefgarage sei man dabei, noch mal die Kosten zu überprüfen. Hier sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wenn das Gebiet autoarm sein solle, dann müsse es Lösungen geben.

Herr Messemer ergänzte, dass die Mittel im wesentlichen durch den städtischen Haushalt geleitet und der Projektteilung beim EWL zur Verfügung gestellt werden. Im Moment könne man im Bezug auf die Finanzierung und den Kostenplan Entwarnung geben. Eine wesentliche Position beim Einnahmecontrolling seien die Grundstückserlöse.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die CDU ganz klar zur Landesgartenschau stehe. Man wolle aber auch ein klares Kostenmanagement. Er bedanke sich ausdrücklich für den ausführlichen und transparenten Bericht. Der Wirtschaftsplan sei mit 5 Millionen Euro gedeckelt. Dies müsse unbedingt eingehalten werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Vorstellung des künftigen Leiters des Stadtbauamtes

Der Vorsitzende teilte mit, dass der Leiter des Stadtbauamtes, Herr Heder, am 31. Dezember 2011 in den Ruhestand gehe. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens habe sich der Stadtvorstand für den derzeitigen Leiter der Projektteilung Landesgartenschau beim EWL, Herrn Christoph Kamplade, als künftigen Leiter des Stadtbauamtes entschieden.

Herr Kamplade stellte sich dem Stadtrat kurz vor. Er schilderte kurz seinen Lebenslauf und seine bisherige berufliche Tätigkeit. Bei der Stadt Landau sei die Hauptaufgabe der letzten 5 Jahre die Entwicklung des Quartiers Vauban gewesen. Es sei für ihn eine große Herausforderung, künftig die Entwicklung der Stadt, in der er lebe, maßgeblich mitzugestalten. Die künftigen Themen wolle er nur kurz anreißen. So sei ein Ziel, die Konversion in Landau erfolgreich abzuschließen. Dabei sei die Landesgartenschau 2014 nur ein Nahziel, aber nicht das Ende. Eine große Herausforderung seien die demographischen Veränderungen in den nächsten 20 Jahren. Ein Patentrezept habe er hier aber auch nicht. Weiter gehe es ihm darum, die Stadtdörfer lebendig zu halten. Schließlich gehe es noch um die Innenstadtentwicklung. Landau solle eine europäische Stadt werden, eine Stadt, in der gelebt, gearbeitet, gewohnt, aber auch gefeiert werde.

Er sei sicher, dass sich die Aufgaben in einer Partnerschaft zwischen Rat und Verwaltung gemeinsam bewältigen lassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verschiedenes

Beigeordneter Klemm wies auf die Fahrt zum Pfeiffertag in Ribeaupville am 4. September 2011 hin. Weiter rief er zur Teilnahme am Projekt „Stadtradeln“ auf.

Ratsmitglied Ludwig bat darum, dass das Amt für Schulen, Kultur und Sport die Landauer Schulen bitte, sich am Bundesvorlesetag am 18. November 2011 zu beteiligen.

Ratsmitglied Vogler erkundigte sich, wo es Material für Interessenten an Bauplätzen im Wohnpark Am Ebenberg gebe.

Der Vorsitzende erwiderte, dass es noch kein Material gebe, da das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Man könne sich aber auf eine Liste setzen lassen.

Ratsmitglieder Vogler wollte weiter wissen, wie der Sachstand bei der Zooerweiterung sei.

Frau Beigeordnete Schlösser teilte mit, dass am kommenden Freitag das Submissionsergebnis vorliege.

Ratsmitglied Schwarzmüller bat um einen kurzen Sachstand zum Projekt „Nette Toilette“.

Frau Beigeordnete Schlösser sagte, dass nur wenige Unternehmen in Landau bereit seien, sich daran zu beteiligen. Dies geschehe alles auf freiwilliger Basis.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach der Verschmutzung des Trinkwassers in Godramstein und Nußdorf und wollte wissen, ob die Energie Südwest einen Verdacht bezüglich der Gründe habe.

Bürgermeister Hirsch erläuterte, dass die Energie Südwest in engem Kontakt mit dem Gesundheitsamt gestanden habe. Die Ursache der Verschmutzung sei vermutlich der Starkregen.

Ratsmitglied Lerch sprach einen Artikel in der Rheinpfalz an, in dem die Verwaltung sehr gut beurteilt werde. Dies sei auch der Eindruck der CDU-Fraktion und sollte hier mal lobend erwähnt werden.



Die Niederschrift über die 21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 23.08.2011 umfasst 23 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 269.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete